

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version
Kommerzialisierte Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1973) : Kommerzialisierte Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 8, pp. 388-389

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134572>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kommerzialisierte Politik

Wo Normen zu setzen sind und Ihre Einhaltung kontrolliert werden muß, dort klappt es nicht über „Angebot und Nachfrage“ und mit Einkommensmaximierung als Verhaltensmaxime. Was herauskommt, wenn Hoheitsträger danach verfahren, zeigen uns die Bestechungsskandale in Bonn, demonstrieren uns die Fluglotsen bereits zum wiederholten Male. Aber auch Gewerkschaften sind nicht viel besser, die sich zwar antikapitalistisch gebärden, aber auf ihre Tarifautonomie pochen, eine expansive Lohnpolitik betreiben und der Regierung dadurch eine Entscheidung über die Prioritäten der Bedarfe unmöglich machen. Und eine Unternehmenschaft, die Kontrollen ablehnt und politische Instanzen nicht nur mit Hilfe von Beraterverträgen ständig zu unterlaufen versucht, schließt den Kreis eines asozialen Kommerzialisismus.

Gerade wenn man aus Gründen der Effektivität mit einiger Berechtigung die Privatisierung der Produktionsbereiche bejaht, darf man nicht übersehen, daß die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaft in jenen Bereichen, wo informiert und politisch entschieden wird, ein anderes Ethos, einen anderen Maßstab für Leistungs- und Funktionserfüllung als in der Wirtschaft haben muß. Doch die rasanten Erfolge des Wiederaufbaus haben uns über Wohlstand und Wohleben schnell vergessen lassen, daß es im Leben einer Gesellschaft noch wichtigere Dinge gibt, als auf effiziente Weise Konsumgüter zu produzieren und dem Massenverbrauch zuzuführen.

Eine egalitäre Konsum- und Genußgesellschaft wie die unsrige muß auf die Dauer zwangsläufig daran scheitern, daß ihre politischen Führungskräfte – falsch ausgelesen, unzureichend ausgebildet, von den Aufgaben der Koordination und Kontrolle überfordert und für sie mit immer weniger Gestaltungsmacht ausgestattet – durch ihr Beispiel eher verführen als führen können. Die Verführung liegt im vorgelebten falschen Lebensstil: einerseits der Neigung, Einkommenssteigerung, Prestigekonsum und Showeffekte überzubewerten, andererseits immer weniger bereit zu sein, Verantwortung und Risiko noch selbst zu tragen. Das sieht bei uns wie in den westlichen Ländern überhaupt unter einer sozialistischen Regierung nicht viel anders aus als unter einer konservativen.

Da unser Bildungssystem zu wenig Einsichten in die eigenen sozialen Zusammenhänge vermittelt und vor allem nicht genügend Verständnis für die begrenzten Möglichkeiten, solche Einsichten eindeutig zu gewinnen, geschaffen hat, mußte mit dem individualistischen Ökonomismus ein gemeinschaftsgefährdendes egozentrisches Wunschenken dominieren. Dabei wandelten sich die Vorstellungen von Humanität zu einem kurzfristig, kurzfristig, rein individualistisch ausgerichteten Ideal. Ziel wurde das Glück des einzelnen heute und hier, das allein aus der Freiheit von jedem Zwang und von jeglichem Verzichtemüssen erwachsen soll. Das erlaubte schließlich keine Anwendung von Sanktionen, keine Auferlegung von Pflichten mehr. Doch aus solchen Ansprüchen und ihrer Erfüllung kommt kein Glück, sondern nur egozentrische Vereinsamung und ein diffuses Unbehagen bei Bürgern und Antibürgern. Die Institutionen von Staat und Gesellschaft aber können ihre koordinierende und vorausplanende Funktion immer weniger erfüllen.

Die Burleske um den Ersatzdienst für die Wehrdienstverweigerer war nur ein kleines Beispiel von vielen dafür; und der überspitzt antiautoritäre Trend in unserem Bildungswesen liegt auf der gleichen Linie.

Sicherlich schleppen wir aus der Vergangenheit noch mancherlei autoritären Ballast mit uns herum, der zu mündigen Bürgern in unserer Gesellschaft nicht paßt. So könnte der antiautoritäre Trend, der heute unser öffentliches Leben beherrscht, durchaus sinnvoll sein. Nur dürften dann keine Popanze aufgebaut und nicht vergessen werden, daß es wahrscheinlich nie so wenig Autoritäten im guten und im bösen Sinne gegeben hat wie heute und daß wir in einer Zeitwende leben, wo der Machtmißbrauch einiger weniger konstanter gesellschaftlicher Kräfte vom Machtmißbrauch wechselnder und vielfältiger Minderheiten abgelöst wird. Ein Machtmißbrauch aller durch alle ist durchaus möglich, und wir haben ihn schon weitgehend unter uns. Sollte sich aber der verantwortungslose Kampf aller gegen alle als eine unvermeidliche Begleiterscheinung der angestrebten egalitären Zukunftsgesellschaft herausstellen, so müßte sich diese Alternative gegenüber früheren hierarchischen Gesellschaften als das weitaus größere Übel erweisen.

In unserer modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft können wir damit nur vom Regen in die Traufe geraten. Denn gerade eine solche Gesellschaft verlangt ausreichende Kooperationsbereitschaft, d. h. aber Begrenzung der Konflikte. Antiautoritäre Erziehung wird aber bei uns irrtümlicherweise fast immer mit dem Ziel betrieben, die Konfliktbereitschaft zu steigern und zu einer Kritik um der Kritik willen (unter Ausschluß der Selbstkritik) zu animieren.

In einer solchen Situation wäre eine Rückbesinnung auf Ordnungskräfte, welche den überbordenden Libertinismus einzugrenzen und Gemeinsinn und Einordnungsbereitschaft wieder zu beleben vermöchten, das Dringlichste. Doch würde eine solche Selbstbesinnung offenbar durch verschiedene Faktoren behindert. Einmal sind die Erfahrungen mit totalitären antikapitalistischen Systemen noch voll wirksam; zum andern ist aber auch der Spätkapitalismus in Mißkredit geraten, da seine Wohlstandsproduktion als eine vermeintlich unverlierbare Selbstverständlichkeit betrachtet, seine Einkommens-, Vermögens- und Machtverteilung von wunschdenkenden Fortschrittsoptimisten aber irrtümlich für das einzige Hindernis zur egalitären Massengesellschaft, deren Pferdefuß man nicht sieht, gehalten wird.

Wenn aber die erfahrenen Alternativen Kommunismus und Kapitalismus in ihren bisherigen Varianten nicht mehr akzeptiert werden und moralische Kraft und Geduld nicht ausreichen, um die Verhältnisse schrittweise zu verbessern und sich mit dem Unzulänglichen zu begnügen, entstehen für Utopisten und Nihilisten auf dem Humusboden einer Masse toleranter und orientierungsloser Liberaler einmalige Entfaltungsmöglichkeiten. Einmal Mode geworden, werden gerade destruktive Linksintellektuelle zu privilegierten Nutznießern des Kommerzialisismus und der Freiheiten eines antiautoritären Rechtsstaats. Sie füllen immer mehr unsere „Bewußtseinsbildungsinstitutionen“ (Lübbe), nämlich Schulen, Hochschulen, Kirchen, Massenmedien, Kunst und Literatur, aus und erobern von dort nicht selten politische und sogar über Verbände und Mitbestimmungsrechte wirtschaftliche Machtpositionen, während das verantwortliche Establishment geistig und moralisch sich selbst mattsetzt.

Abgeordnetenstimmen werden in Bonn wie an der Börse notiert und gehandelt. Die Kurse schwanken je nach Person und Situation. Der Profitgeist des Kapitalismus ist in die Welt der Politik eingebrochen; und von hier aus wirkt er weit mehr und umfassender zerstörend und auflösend, als er in der wirtschaftlichen Welt je hat aufbauend wirken können. Merkwürdig und bezeichnend, daß die Fans der Marktwirtschaft, obwohl schon kleinlauter geworden, diese Zusammenhänge nicht verstehen. Sie empören sich über politische Korruption, aber merken nicht, daß sie selbst mit ihrer kommerziellen Euphorie diese Entwicklung in Gang gesetzt haben. Profitstreben ist ein Stimulanz — selbst von Karl Marx als solches in der Phase kapitalistischer Entfaltung ökonomisch hoch geschätzt —, welches Wunder wirken kann, wenn es, wohl dosiert und kontrolliert, auf die dafür geeigneten Stellen des Gesellschaftskörpers beschränkt bleibt. Es wird zum tödlich zersetzenden Gift, sobald es alle ergreift und vor allem diejenigen befällt, die koordinierend über Dosierung und Kontrolle zu entscheiden und dabei das Gemeinwohl ins Auge zu fassen haben. Ein Mann wie Wilhelm Röpke wußte das noch.